

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten Schabl, Cerwenka, Farthofer, Feurer, Gebert, Jahrmann, Kadenbach, Kautz, Keusch, Krammer, Mag. Leichtfried, Mag. Motz, Muzik, Pietsch, Rupp, Sacher, Vladyka und Weninger

betreffend Absicherung des Standortes der Reifenproduktion in Traiskirchen

Konzerninternen Meldungen zufolge, plant die Continental AG als Muttergesellschaft der Semperit Reifen GesmbH., das Reifenwerk in Traiskirchen mit Ende des Jahres 2002 zu schließen. Obwohl noch zu Beginn des Jahres 2000 Traiskirchen als MMP-Standort für die Versorgung der süd- und osteuropäischen Märkte vorgesehen war, an dem die Reifenproduktion in Modulbauweise eine kostengünstigere Fertigung kleinerer Stückzahlen erlaubt hätte, mit der es möglich wäre, auf Marktentwicklungen rasch zu reagieren, wurde diese Entscheidung verworfen und steht das unmittelbare Ende des Semperit Reifenwerkes in Traiskirchen bevor. Mit einer Schließung dieses Reifenwerkes wäre nicht nur der Verlust von 1.500 Beschäftigten direkt im Semperitwerk verbunden, sondern auch die Existenz zahlreicher Zulieferbetriebe massiv gefährdet, so dass damit eine ganze Region einen dramatischen wirtschaftlichen Einbruch erleiden würde.

Da der Standort derzeit gewinnbringend arbeitet und technologisch auf dem letzten Stand ist, sollte daher alles unternommen werden, damit die Reifenproduktion an diesem Standort weitergeführt werden kann. Etwa durch die Unterstützung der Bemühungen, einen Käufer für das Werk aus dem Bereich der Mitbewerber am weltweiten Reifenmarkt zu finden. Gegebenenfalls sollte auch versucht werden, von Seiten des Landes Niederösterreich gemeinsam mit dem Bund wirksame Unterstützungsmaßnahmen, wie etwa Haftungsübernahmen oder auch Beteiligungen, zu setzen, um so den drohenden wirtschaftlichen Einbruch einer Region zu verhindern.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung in gemeinsamen Bemühungen mit dem Bund alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen Fortbestand des Reifenproduktionswerkes in Traiskirchen abzusichern.

Gemäß § 33 Abs. 1 LGO wird beantragt, dass dieser Antrag im Landtag ohne Ausschussberatung zur Behandlung gelangen möge.